

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 90 (1996)
Heft: 5

Artikel: Europa von unten - wo liegt das? : OSZE oder NATO? Chancen und Risiken europäischer Friedenspolitik
Autor: Jegher, Stella
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143976>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Europa von unten – wo liegt das?

OSZE oder NATO? Chancen und Risiken europäischer Friedenspolitik

Zur Vorbereitung der Tagung vom 1. Juni fragt Stella Jegher nach dem «Europa von unten», das in den 80er Jahren verheissungsvoll anfang und in der damaligen KSZE eine erste rudimentäre Struktur sah, um Frieden und Menschenrechte blockübergreifend zu diskutieren. Heute ist auf der zwischenstaatlichen Ebene die damalige Zusammenschau von Frieden, Menschenrechten und ökonomischer Entwicklung weitgehend verlorengegangen. In der ersten Hälfte der 90er Jahre begann auch die Friedensbewegung über die Notwendigkeit militärischer Interventionen zu diskutieren. Zu wenig reflektiert blieb dabei die Frage nach Männer- und Frauenrollen in der internationalen Konfliktlösung. Indessen nimmt die Verarmung in den ehemals «sozialistischen Staaten» zu. «Europa von unten» braucht dringend neue Beteiligungsformen.

Red.

Der Umbruch von 1989

«Nicht dem Westen, nicht dem Osten, sondern untereinander loyal», hiess in den 80er Jahren der Slogan der blockübergreifenden Friedens- und Menschenrechtsbewegung, die sich zum Ziel gesetzt hatte, ein «Europa von unten» aufzubauen. Mit dem Slogan wollten wir sagen: Wir setzen nicht bei den Denkweisen und Strukturen der herrschenden Systeme an, sondern suchen und gestalten unseren eigenen Boden, auf dem Frieden, Gerechtigkeit und eine gewaltfreiere Zukunft wachsen können. «*Untereinander loyal*», das hiess auch: Wir wollten im jeweils anderen System nach den Menschen suchen und nicht nach der Bedrohung, die es darstellte; wir wollten nach ihren Erfahrungen fragen und nicht nach Ideologien; wir beriefen uns auf die zivile Seite europäischer Kultur und Geschichte und nicht auf deren militärische oder gar militaristische Tradition.

Die KSZE begrüsst wir als die einzige paneuropäische Organisation, in der Sicherheitspolitik und Abrüstung mit demokratischen, sozialen und ökonomischen Rechten *im Zusammenhang* diskutiert werden konnten: «Frieden und Menschen-

rechte sind unteilbar.» Wir setzten uns zum Ziel, die KSZE von unten zu gestalten und zu beeinflussen, auf ihrer Basis eine nicht-militärische Friedenspolitik zu fördern und Kontrolle auszuüben in bezug auf Menschenrechte im umfassenden Sinne, insbesondere auch im Interesse der Rechte von Frauen, von Minderheiten, von Flüchtlingen, von sozialen Randgruppen.

Mit dem Umbruch von 1989 veränderten sich die *Rahmenbedingungen für den Dialog* westeuropäischer Friedensbewegungen mit Gruppen in Osteuropa radikal. Systemgegensatz und atomare Aufrüstung als Aufhänger fielen weg. Themen, die bis dahin (mindestens aus westeuropäischer Sicht) eher hinter dem Kampf gegen Militarismus und Aufrüstung zurückstehen hatten, rückten in den Vordergrund: ökonomischer Umbruch, Aufbau neuer demokratischer Systeme, freie Wahlen, Selbstbestimmung der Frauen, Nationalismus, Umgang mit Minderheiten, regionale Konflikte, Nord-Süd-Fragen.

Für die Bürger- und Bürgerinnenbewegungen in *Osteuropa* (obwohl oder zumal nun etliche ihrer Exponentinnen und Exponenten politische Verantwortung auf der staatlichen Ebene übernahmen) stellten

sich *diese Fragen existentiell*. Die Friedensbewegung in *Westeuropa* sah sich allerdings schon wenig später, angesichts des Golfkriegs und dann mit dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien, wieder vermehrt mit der *militärpolitischen Seite* der Friedensthematik konfrontiert und dadurch in Dilemmas gestürzt, mit denen sie sich noch heute herumschlägt. Die Chance, im Ost-West-Dialog endlich dem zivilen Bereich künftiger europäischer Friedenspolitik auf den Grund zu gehen, wurde dadurch erheblich geschmälert.

Was ist in den 90er Jahren vom «Dialog der Bürgerinnen und Bürger» sowie von seinen Zielen übriggeblieben, oder wie hat er sich weiterentwickelt? Wie stellen sich die Fragen um die Rolle der KSZE, die Rolle der NATO, das Verhältnis der einen zur andern, um die Peace-Keeping-Forces, um die Konfliktverhütung etc. aus der Perspektive eines «Europa von unten» – so es eine solche Perspektive noch gibt?

Im gegenwärtigen Zeitpunkt fehlen mir noch zu viele Informationen, als dass ich Antworten wagen könnte. Insbesondere sind die Tätigkeiten der Helsinki Citizens Assembly¹, die ich etwas aus den Augen verloren habe, sowie anderer Ost-West-Netzwerke noch näher anzuschauen. Im folgenden seien deshalb lediglich einige der Fragen, die sich mir stellen, noch etwas präzisiert – als Eröffnung der Debatte.

1. Wie unteilbar ist der Friede?

Staatlicherseits schwand nach dem Umbruch in Osteuropa das Interesse an der Zusammenschau der drei KSZE-Bereiche (Sicherheit, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Menschenrechte und Demokratie): «Die westliche Absicht, osteuropäische Staaten mit Hilfe der KSZE auf Rechtsstaatlichkeit und den Weg zur Marktwirtschaft festzulegen, ist erreicht.»² Die KSZE wurde nunmehr eher als «Ergänzung zur NATO im Bereich von Vertrauensbildung, Konfliktschlichtung und sozialer Beruhigung» gesehen.³ Der wirtschaftliche Bereich wiederum wurde einerseits der EU und der neugegründeten Europäischen Ent-

wicklungsbank, andererseits bilateralen Aktivitäten überlassen.

Ist es demgegenüber den früheren Akteurinnen und Akteuren des Ost-West-Dialogs gelungen, an ihrem Anliegen der konsequenten *Zusammenschau von Frieden, Menschenrechten und wirtschaftlicher Entwicklung* festzuhalten? Mir scheint, nur teilweise. Nämlich vor allem dann, wenn es um konkrete, bereits ausgebrochene militärische Konflikte wie etwa in Bosnien ging. Aber auch da drängte sich eine Debatte darüber auf, ob die Durchsetzung von Menschenrechten – genauer: die Verhinderung ihrer größten Missachtung! – mit militärischen Mitteln im konkreten Falle nicht doch Vorrang haben könnte vor dem Anliegen nichtmilitärischer Konfliktlösung.

Im Bereich der zivilen Voraussetzungen von Friedenspolitik waren es dagegen eher neue Organisationen und Diskussionsforen, insbesondere *Frauenorganisationen*, die über die psychologischen, sozialen, ökonomischen und politischen Folgen des Umbruchs und ihre Konsequenzen für den künftigen Frieden in Europa detaillierter zu diskutieren begannen.⁴

Hat sich, analog zur staatlicherseits angestrebten Arbeitsteilung zwischen NATO und OSZE, eine Arbeitsteilung der Bewegungen etabliert, in der neue und vor allem Frauenorganisationen die nichtmilitärischen Themenbereiche des europäischen Ost-West-Dialogs weiterpflegen, während die Friedensbewegung sich (zwangsläufig?) wieder der Antikriegsarbeit im engeren Sinne zuwendet? Wenn ja, wünschen wir diese Arbeitsteilung, und wie steht es um den Austausch?

2. «Sind UNO-Peacekeepers echte Männer?»⁵

In der ersten Hälfte der 90er Jahre ist es – vor allem vor dem Hintergrund des Bosnien-Kriegs – in der Friedensbewegung «salonfähig» geworden, über die Notwendigkeit militärischen Eingreifens und damit über die Notwendigkeit internationaler bewaffneter Friedenstruppen nachzudenken. Eine berechtigte Diskussion. Was dar-

in allerdings entschieden zu wenig berücksichtigt wird, ist die Frage nach *Männer- und Frauenrollen* in der internationalen Konfliktlösung bzw. nach der Geschlechterpolitik, die auf dieser Schiene transportiert wird: Noch immer sind es (fast) ausschliesslich Männer, die über den Einsatz solcher Mittel verfügen. Die Voraussetzungen, deren es bedarf, um für einen Einsatz zu «taugen», sind mehrheitlich auf männliche Biographien zugeschnitten. Das Gebilde der Friedenssicherer ist oft genug *frauenfeindlich*. Frauen, die sich mit der militärischen Seite der europäischen Friedenspolitik auseinandersetzen, sehen sich damit dem altbekannten Dilemma gegenüber: Diejenigen, an die wir zu unserem Schutz appellieren (müssen), sind potentiell immer auch dieselben, die uns bedrohen.

Liegt es daran, dass die Friedensbewegung allzu «männlich» ist, wenn wir mit der Beantwortung dieses Dilemmas noch nicht weiter sind? Oder kann es Lösungsansätze einer nicht-sexistischen militärischen Friedenspolitik von Natur aus nicht geben? Wenn dies zutrifft, was bedeutet dann unsere Diskussion über die NATO für die Unteilbarkeit des Friedens – auch für seine Unteilbarkeit nach Geschlecht?

3. Wo bleibt der (Ost-West-)Dialog zur Wirtschafts- und Sozialpolitik?

Während wir über militärische und/oder nichtmilitärische Mechanismen der Konfliktverhütung debattieren, nimmt das Risikopotential an *Verarmung* in den osteuropäischen Ländern von Tag zu Tag zu. So konnten sich etwa in Ungarn 10 Prozent der Bevölkerung am Umbruch bereichern, während heute rund ein Drittel derselben Bevölkerung unter der Armutsgrenze lebt.⁶ Betroffen sind insbesondere kinderreiche Familien, Frauen, Alleinerziehende – die Regierung aber schafft die Beihilfen gerade in diesem Bereich zunehmend ab.

Die *russischen Soldatenmütter*, die ihre Söhne aus der Armee zurückholen, ohne Antimilitaristinnen zu sein, haben uns kürzlich wieder auf eine besondere Seite der Problematik aufmerksam gemacht:

Eine der wichtigen Fragen, die sie beschäftigen, ist das Versickern von Finanzen in einem völlig undurchschaubaren Apparat.

Im Ost-West-Dialog «von unten» war in den 80er Jahren auch über den Stellenwert *wirtschaftlicher Kooperation* als Element von Friedenspolitik diskutiert worden. Zur Debatte darüber, wen wir uns denn als friedensverträgliche Agierende dieser Kooperation vorstellen könnten, kam es nicht mehr. Seit dem «Sieg des Kapitalismus» sind wir, abgesehen von der Schilderung der desolaten Lage – die uns wiederum besonders Frauen ins Bewusstsein gerückt haben –, in unserer Debatte über die wirtschafts-, sozial- und finanzpolitischen Aspekte der europäischen Friedenspolitik nicht viel weiter gekommen. Was für Beiträge haben wir zu diesen Fragen zu leisten?

4. Was heisst hier Demokratie?

«Europa von unten» – damit war und ist auch der Anspruch verbunden, demokratische Kontrolle über Vorgänge auf der staatlichen Ebene auszuüben. Hier liegt die *grösste Herausforderung* für unsere Bewegungen: Wie stellen wir uns eine demokratische Einflussnahme in Europa vor? Ist die Möglichkeit zum Lobbying, im letzten Jahrzehnt zur Mode geworden, bereits Demokratie? Wer hat Zugang zu welchen Strukturen, wie steht es mit unserem Vertretungsanspruch? Wie schaffen wir neue Beteiligungsformen in der schweizerischen Aussenpolitik, in der EU, in der OSZE?

1 Die Helsinki Citizens Assembly (HCA, Europäische BürgerInnenversammlung) ist aus dem Ost-West-Dialog der 80er Jahre hervorgegangen. Sie wurde 1989 in Prag unter Teilnahme von über 1000 Frauen und Männern aus Ost- und Westeuropa gegründet.

2 Hanne-Margret Birckenbach, in: Jahrbuch Frieden, 1992, S. 114.

3 A.a.O.

4 So fanden nach dem Umbruch diverse Ost-West-Frauenkonferenzen statt. Zu beachten sind auch die Tätigkeiten der HCA-Frauenkommission oder die Initiativen der Frauen-Anstiftung in der BRD u.a.m.

5 Vgl. Cynthia Enloe: «Are UN-Peacekeepers Real Men?», in: *The Morning After, Sexual Politics at the end of the cold war*, Berkeley 1993.

6 Vgl. NZZ vom 1. April 1996, S. 5.